

1. Wenn Ihre Partei in der nächsten Legislaturperiode an der Regierung beteiligt wäre, welche Maßnahmen würde Ihre Partei ergreifen, um die Spionage der NSA in Deutschland zu unterbinden?

Zuerst bedarf es einer lückenlosen Aufklärung darüber, in wie weit deutsche Dienste die Spionage der NSA unterstützt haben, um diese Unterstützung im Anschluss zu unterbinden. Viele der Operationen der NSA – z.B. PRISM – setzen allerdings an Datenquellen an, auf die deutsche Gesetze keinen Durchgriff haben (z.B. Server von sozialen Netzwerken), weswegen wir hier wohl am Anfang eines langwierigen Prozesses internationaler Abkommen stehen.

Es gibt dennoch nationale Maßnahmen, die zwar nicht in der Lage sind sämtliche Spionage zu unterbinden, aber bereits eine erhebliche Verbesserung zum Status Quo darstellen. Dazu zählen insbesondere eine gesetzliche Stärkung der Datensparsamkeit, eine politische Unterstützung wirksamer Verschlüsselungssysteme und staatlicher Boykott von Unternehmen, die Daten deutscher Bürger an ausländische Geheimdienste weitergeben, insbesondere dort wo Behörden mit sensiblen Daten arbeiten (z.B. Einwohnermeldeamt).

2. Würden Sie dem BND und dem Verfassungsschutz den Einsatz der NSA-Spähsoftware XKeyscore verbieten?

XKeyscore scheint allen öffentlich verfügbaren Informationen nach in der Lage zu sein gigantische Datenprofile einzelner Menschen anzulegen, darunter wohl auch vertrauliche Kommunikation. Der Einsatz einer solchen Software im Rahmen nachrichtendienstlicher Arbeit sprengt die Verhältnismäßigkeit und unsere Gesetze sind derzeit nicht annähernd auf ein solches Werkzeug ausgelegt. Aus diesem Grund, darf es bei deutschen Behörden nicht zum Einsatz kommen.

3. Finden Sie, dass die Befugnisse des BND betreffend Datenspionage beschnitten oder erweitert werden sollten?

Die aktuellen Enthüllungen von Edward Snowden zeigen, dass die Arbeit der Geheimdienste massiv aus dem Ruder gelaufen ist. Wir müssen deshalb die Art und Weise wie unsere Geheimdienste und ihre Befugnisse strukturiert sind komplett auf den Prüfstand stellen. Angesichts der aktuellen Entwicklung scheint eine Beschneidung der Geheimdienstbefugnisse die einzig sinnvolle Lösung zu sein.

4. Würden Sie sich im Falle einer Regierungsbeteiligung für ein Vorratsdatenspeicherungs-Gesetz stark machen? Wie begründen Sie Ihren Standpunkt?

Wir lehnen die Vorratsdatenspeicherung kategorisch ab, da es sich hierbei um eine anlasslose, flächendeckende Überwachung aller Bürger handelt. Eine solche Form der Überwachung führt – wie bereits vom Bundesverfassungsgericht erkannt – zu so genannten Chilling-Effekten. Menschen verhalten sich anders und passen sich an, wenn sie damit rechnen müssen überwacht zu werden. Auf diese Weise verkümmert die Fähigkeit zur Meinungsvielfalt in der Gesellschaft. Wir setzen uns daher dafür ein, dass alle Ermittlungsmethoden grundsätzlich gezielt und verdachtsbezogen eingesetzt werden müssen.

5. Angenommen, ausländische Behörden fordern im Zuge der Terrorprävention Zugang zu den persönlichen Daten deutscher Bürger. Welche Daten würden Sie bedenkenlos weitergeben?

Es ist die Aufgabe des deutschen Staats die persönlichen Daten der Bürger vor dem Zugriff andere Staaten zu schützen, auch verbündeter Staaten. Aus diesem Grund können keine persönlichen Daten deutscher Bürger bedenkenlos weitergegeben werden. Terrorprävention ist in Deutschland eine Aufgabe für deutsche Behörden, die nach hiesigem Recht arbeiten. Dies schließt eine Kooperation deutscher Behörden mit ausländischen nicht grundsätzlich aus, wir müssen aber darauf achten, dass sich nach den stärksten Standards des Schutzes der Privatsphäre ablaufen, d.h. insbesondere, dass deutsche Behörden grundsätzlich nur in konkreten Verdachtsfällen tätig werden.

6. Frankreich hat erst vor kurzem die Strafe für Filesharer gemildert. Konsumenten illegaler Downloads müssen nun keine Internetsperre mehr fürchten. Gibt es Vergehen im Netz, für die Sie User mit einer temporären Internetsperre bestrafen würden? Welche wären das?

Zugang zum Netz ist in unserer heutigen Zeit ein Grundrecht. Ohne Netzzugang ist es einem Menschen kaum mehr möglich am öffentlichen Leben teilzunehmen. Netzsperrne nach dem Vorbild der Originalversion des französischen HADOPI-Gesetzes lehnen wir aus diesem Grund ab. Es gibt keine Vergehen, die eine solche Strafe rechtfertigen, erst recht nicht Urheberrechtsverletzungen. Über dies hinaus setzen wir uns dafür ein, Filesharing zu legalisieren und setzen bei der Finanzierung kreativen Schaffens auf neue Geschäftsmodelle.

7. In Großbritannien werden Internet Service Provider jetzt verpflichtet, den Zugriff auf Seiten mit pornografischen Inhalten standardmäßig zu blocken. Welche Inhalte würden Sie im Fall einer Regierungsbeteiligung auf den Index setzen?

Wir halten nichts von den Plänen der britischen Regierung den Netzverkehr zu filtern. Ein providerseitige Filter ist zum einen vollkommen unnötig, da jeder Anschlussinhaber selbst genug Auswahl an Jugendschutzsystemen hat, die er selbst einsetzen kann. Das Jugendschutzargument ist vorgeschoben, um einen Dammbruch dahingehend zu erzeugen, die Provider zum Hilfssheriff bei der staatlichen Filterung des Netzes zu machen. Auch der Opt-Out, also die Möglichkeit den Filter abstellen zu lassen, ist dabei nur ein Teil dieser Salami taktik. Wir stellen uns deshalb gegen jedwede Form staatlich angeordneter Netzfilter.